

Sitzung des Hörfunkrates (VIII. Amtszeit), 4. September 2025, Ergebnisse und Teilnehmende

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzung

Der Hörfunkrat von Deutschlandradio tagte am 4. September in seiner dritten Sitzung im Jahr 2025 beim ZDF. Am Hauptsitz in Mainz tauschte sich das Gremium mit Verantwortlichen des Senders aus. Zu Beginn begrüßte die Hörfunkratsvorsitzende Katrin Hatzinger ZDF-Verwaltungsdirektorin Karin Brieden, die aktuell auch Vorsitzende des Deutschlandradio-Verwaltungsrates ist. Dabei hoben beide die "gute und sich intensivierende" Zusammenarbeit der beiden Aufsichtsgremien hervor. Die enge Abstimmung, die sich unter anderem in der Entsendung von zwei Fachleuten in den Verwaltungsrat durch den Hörfunkrat spiegele, ermögliche eine kollegiale und zugleich effiziente Aufsichtsarbeit. Dies sei essentiell angesichts des Aufgabenzuwachses der Gremien, den die Medienpolitik vorgibt.

Im Gespräch mit Gerda Hasselfeldt, der Vorsitzenden des ZDF-Fernsehrates, tauschten sich die Gremienmitglieder zur aktuellen medienpolitischen Situation, möglichen Auswirkungen des Medien-Reformstaatsvertrages der Länder und zu Best-Practice-Beispielen in der Aufsichtsarbeit aus. Einen Schwerpunkt bildeten die künftigen Aufgaben des von den Bundesländern vorgesehenen neuen Medienrates. Dieser soll als unabhängiges Gremium aus sechs Sachverständigen die Gesamtentwicklung und die Auftragserfüllung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten evaluieren und strategische Impulse setzen. Wie dies gelingen könne, sei noch recht offen, erklärte Hasselfeldt. Die beiden Vorsitzenden zeigten sich erfreut darüber, dass die Aufsichtsgremien von ARD, ZDF und Deutschlandradio bei der Ausgestaltung des Vorschlags zum Medienrat an einem Strang ziehen würden. Dies sei, so Katrin Hatzinger, auch bei einem ersten Austausch mit Staatsekretärin Heike Raab, die für Rheinland-Pfalz die Arbeit der Rundfunkkommission der Länder koordiniert, und dem Vorsitzenden der ARD-Gremienvorsitzendenkonferenz, Dr. Klaus Sondergeld, deutlich geworden. In absehbarer Zeit sollten demnach gemeinsam Grundzüge des neuen Gremiums erarbeitet werden. Welche weiteren Änderungen der Reformstaatsvertrag für die Deutschlandradio-Gremien bereit hält, erörterte der Hörfunkrat mit Deutschlandradio-Justitiar Dr. Markus Höppener.

Auf Einladung des Deutschlandradio-Hörfunkrates sprach ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten in Mainz über die Anforderungen an öffentlich-rechtlichen Qualitätsjournalismus unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen. Der Gestaltungsspielraum werde geringer, doch die Qualitätsansprüche blieben gleich hoch, so Schausten. Dialog mit den Zuschauern sei wichtiger denn je, aber genau diese Prämisse binde auch viel Personal. Dennoch sei die Situation für seriösen Journalismus im internationalen Vergleich hierzulande noch recht gut. Es gehe heute mehr denn je darum, sich einerseits selbstkritisch zu hinterfragen und andererseits eigene Qualitäten selbstbewusst zu vertreten. Konkret regte Schausten eine verstärkte Kooperation von ZDF und Deutschlandradio an. "Der Deutschlandfunk macht einen exzellenten Job", erklärte die ZDF-Chefredakteurin: "Wir haben uns technisch ausgestattet und können Deutschlandradio-Audiofiles auf der ZDF-heute-Plattform ausspielen. Hier können wir uns durchaus weitere Schritte wie eine kontinuierliche Einbindung vorstellen, die für beide Seiten lohnenswert wäre."

Eingehend befasste sich der Hörfunkrat mit dem Analyseraster, das ein Forscherinnenteam der beauftragten Hochschule Magdeburg-Stendal für die Angebotskontrolle der Deutschlandradio-Angebote anwenden wird. Der Schwerpunkt der Analyse wird, nach dem Willen des Aufsichtsgremiums, auf den diskursorientierten Audioangeboten rund um die Bundestagswahl 2025 liegen. Der Auftrag folgt den Vorgaben eines durch den Hörfunkrat entwickelten Qualitätssicherungsleitfadens. Das Forschungslehrprojekt von Prof. Dr. Claudia Nothelle und Prof. Dr. Elke Grittmann konzentriert sich dabei auf die Formate "Kontrovers", "Wortwechsel", "Zur Diskussion" und den Wahl-Podcast. Für den Zeitraum von November 2024 bis Februar 2025 werden diese nach den Kriterien Ausgewogenheit und Vielfalt, freie Meinungsbildung, Publikumsdialog sowie den Standards des "Journalistischen Selbstverständnisses" von Deutschlandradio bewertet.

Welche Rolle Publikumsdialog heute für Deutschlandradio spielt, erläuterte unter anderem Dr. Eva-Sabine Kuntz. Die Leiterin der Hauptabteilung Intendanz verwies dabei nicht nur auf das Publikumsprojekt "Denkfabrik", an dem sich in den vergangenen Jahren beeindruckend viele Menschen beteiligt hätten, unter anderem durch die Wahl eines Jahresthemas für die Deutschlandradio-Programme. Deutlich stärker als bisher öffne sich Deutschlandradio nicht nur in Sendungen, sondern auch mit Veranstaltungen, Live-Podcasts und partizipativen Formaten für Impulse aus dem Publikum. Mit 470 Veranstaltungsformaten sei Deutschlandradio mittlerweile im ganzen Land präsent. Intern werde evaluiert, welche Angebote besonders zukunftsweisend seien. Die stellvertretende Hörfunkratsvorsitzende Prof. Dr. Annette Leßmöllmann unterstützt diese Entwicklung: "Analog, digital oder vor Ort, hier entstehen nicht nur Orte zur Information, sondern neue digitale, hör- und erlebbare Räume für ernsthafte Debatten auf Augenhöhe, die auch in das Programm zurückwirken."

Deutschlandradio-Intendant Stefan Raue berichtete dem Aufsichtsgremium von den letzten Hürden bei der laufenden Ratifizierung des 7. Medienänderungsstaatsvertrages. Der Reformstaatsvertrag enthält weitreichende Neuerungen bei Beauftragung, Struktur und Aufsicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Deutschlandradio unterstütze die Pläne der Länder, auch wenn beispielsweise das Verbot der "Presseähnlichkeit" der öffentlich-rechtlichen Sender mittlerweile auch in den meisten Bundesländern als wenig zukunftsweisend erachtet werde.

Raue informierte darüber hinaus über die Vorbereitungen einer Allianz für Medienkompetenz von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Die neue Allianz soll Kompetenzen bündeln und mit konkreten Projekten das öffentlich-rechtliche Profil im Bereich Medienkompetenz schärfen. Der Reformstaatsvertrag, der zum 1. Dezember 2025 in Kraft treten soll, verpflichtet die Sender dazu, "die technische und inhaltliche Medienkompetenz aller Generationen und von Minderheiten" zu stärken.

Folgende Mitglieder des Hörfunkrates haben an der Sitzung teilgenommen:

Katrin Hatzinger (Vorsitzende), Michael Deutscher (1. stellv. Vorsitzender), Prof. Dr. Annette Leßmöllmann (2. stellv. Vorsitzende), Klaus Böger, Herta Daniel, Dr. Martina Daniel, Knut Deutscher, Behiye Ersoy, Hendrik Escher, Burkhard Fieber, Heinz Galle, Stefan Grüttner, Alexander Gunkel, Michael Hamm, Bettina Hesse, Maja Iwer, Klaus Jetz, Didem-Laçin Karabulut, Annett Kannenberg-Bode, Norbert Klein, Anne Körkel, David Kolesnyk, Abraham Lehrer, Matthias Nüse, Cornelia Prüfer-Storcks, Prof. Dr. Franz Riemer, Peter Rossbach, Prof. Dr. Oliver Scheytt, Miriam Strunge, Jörg Ziercke.

* * *

Zusätzliche Informationen zum Hörfunkrat, über seine Mitglieder und Arbeitsschwerpunkte finden sich unter http://www.deutschlandradio.de/gremien